

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Verkehrsausschuss	02.05.2019

Kampagne für mehr Rücksicht im Straßenverkehr **hier: Anfrage der Ratsgruppe BUNT in der Sitzung des Verkehrsausschusses am 26.03.2018,** **TOP 5.2.2**

Die Ratsgruppe BUNT bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

Frage 1:

„Können solche große Aufkleber auf deutlich sichtbare Stellen an Bussen usw. der KVB AG angebracht werden?“

Antwort der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung hat eine Beklebung der Fahrzeugflotte der KVB mit Aufklebern, die Autofahrende auf einen einzuhaltenden Sicherheitsabstand von 1,5 Metern hinweisen sollen, angeregt. Die KVB hat die Anregung aufgenommen und prüft deren Umsetzung.

Frage 2:

„Gibt es eine Möglichkeit, Kölner Taxiunternehmen zur Anbringung solcher Aufkleber zu verpflichten oder zumindest zu animieren, indem die Stadt z.B. Taxifahrer*innen über die Problematik aufklärt und entsprechende Aufkleber bereitstellt?“

Antwort der Verwaltung:

Die Stadtverwaltung hat den Taxiruf Köln als genossenschaftlichen Vertreter der Kölner Taxiunternehmen angefragt, ob eine Beklebung der Fahrzeuge mit Abstandsaufklebern möglich sei. Der Taxiruf selber unterhält keine Fahrzeugflotte, hat aber zugesichert, die in der Genossenschaft vertretenen Unternehmen anzusprechen und eine Hinweisbeklebung anzuregen. Dies sei allerdings eine freiwillige Leistung der einzelnen Unternehmen und nicht zentral steuerbar.

Die Stadtverwaltung wird Musteraufkleber zur Verteilung an die Taxiunternehmen versenden und um eine Beklebung der Fahrzeuge bitten.

Frage 3:

„Welche weiteren Maßnahmen zur Sensibilisierung möglichst vieler Verkehrsteilnehmer*innen für die Einhaltung eines Mindestabstandes zu Radfahrer*innen und für mehr gegenseitige Rücksichtnahme kann sich die Stadtverwaltung vorstellen?“

Antwort der Verwaltung:

Das Team des Fahrradbeauftragten hat im Jahr 2018 erstmalig mit der Umsetzung des Konzeptes „Fahrradbeauftragter on Tour“ begonnen. In enger Zusammenarbeit mit dem Ordnungs- und Verkehrsdienst der Stadtverwaltung sowie der Polizei Köln besuchten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fahrradbeauftragten mit dem Event-Bike des Amtes für Straßen und Verkehrsentwicklung die Stadtbezirke, um dort den Bürgerinnen und Bürgern zu ihren Fragen und Anliegen hinsichtlich des

Radverkehrs in Köln zur Verfügung zu stehen und über aktuelle Planungen zu informieren. Zur Durchführung der Öffentlichkeitstermine vor Ort hat die Stadt Köln eigens ein elektrisch unterstütztes Event-Lastenfahrrad beschafft.

Das Hauptthema, welches das Team des Fahrradbeauftragten gemeinsam mit dem Ordnungs- und Verkehrsdienst und der Polizei Köln in 2018 schwerpunktmäßig verfolgt hat, war die Kampagne „Sicher mit Abstand!“. Im Rahmen dieser gemeinschaftlichen Aktion wurden mit einem Logo bedruckte Warnwesten und Turnbeutel an Radfahrende ausgegeben, um Autofahrerinnen und Autofahrer auf die Einhaltung eines Sicherheitsabstandes von 1,5 Metern zu überholten Radfahrenden hinzuweisen und dadurch die Sicherheit von Radfahrerinnen und Radfahrer im Straßenverkehr zu erhöhen. Im Rahmen von „Fahrradbeauftragter on Tour“ werden diese Warnwesten und Turnbeutel zur Thematik „Sicher mit Abstand!“ an interessierte (radfahrende) Bürgerinnen und Bürger verteilt. Neben Warnwesten wurden auch Kühlschrankschmuckmagnete, Luftballons, Aufkleber, Postkarten und Klebezettel sowie Notizblöcke mit dem Logo herausgegeben. Das Logo wurde parallel als großformatiges Plakat in diversen Werbeanlagen im ganzen Stadtgebiet ausgehängt.

Die Informationsstände wurden jeweils sehr gut besucht und es entwickelten sich viele konstruktive Gespräche. Insgesamt war das Team des Fahrradbeauftragten an elf Terminen mit dem Lastenfahrrad unterwegs. Auch in 2019 wird dieses Konzept der aktiven Bürgerbeteiligung fortgesetzt. Geplant ist der Besuch aller neun Kölner Stadtbezirke.

Frage 4:

„Plant die Stadt, bei Gefahrenstellen mit besser sichtbaren Hinweisschildern und gegebenenfalls mit Kontrollen nach zu justieren?“

Antwort der Verwaltung:

Eine Hinweisbeschilderung und Kontrollen an Gefahrenstellen sind derzeit seitens der Stadtverwaltung nicht geplant.

Gez. Blome